

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/48

Hannover, 23. April 1948

## Über den "Fraktionszwang"

Von Alfred Kubel (M.d.L.)

Solange es Parlamente mit Fraktionen gibt, wird es auch Diskussionen über das Problem des Fraktionszwangs geben.

Es ist unter Demokraten selbstverständlich, daß die Freiheit der Persönlichkeit, also auch die Freiheit, ihr politisches Handeln nach eigenem Willen gemäß der eigenen Überzeugung zu bestimmen, ein unveräußerliches Gut ist. Alles andere, was wir sonst noch unter Demokratie verstehen - das Wahlrecht, die Respektierung der Mehrheit, das Koalitionsrecht usw. dient nur als Mittel zu dem Zwecke, dem Einzelmenschen ein hohes Maß an Freiheit zu sichern. Es ist also, gemessen an diesem Ideal, zweitrangig.

Es ist aber eine etwas oberflächliche Betrachtungsweise, wollte man hieraus nun schließen, daß es in demokratischen Organisationen keinen Zwang geben dürfe, d.h., daß niemand das Recht haben dürfe, seinen Mitmenschen gelegentlich daran zu hindern, sein Leben nur nach dem eigenen Willen zu gestalten. Für den demokratischen Staat ist das selbstverständlich. Es gehört zur Bestimmung des Begriffes "Staat", daß er geradezu ein Machtmonopol gegenüber seinen Bürgern besitzt. Das unterscheidet den Staat von der Anarchie und ist dann gerechtfertigt, wenn die Staatsgewalt vom Volke aus geht. Sie wird um des Rechtes willen die Freiheit des Rechtsbrechers etwa einschränken. Der Rechtsstaat soll sichern, daß die jeweils stärkste Macht auf der Seite des Rechtes steht.

Im Gegensatz zur staatlichen Organisation stellen Parteien freiwillige politische Verabredungen dar. Wer eine solche Verabredung trifft, verspricht sich davon, sich seinen Ziele schneller zu nähern, als wenn er Einzelgänger bliebe. Er wird damit rechnen müssen, daß er nicht mit allen Schritten seiner Partei einverstanden sein kann, er wird aber seine Verabredung solange aufrecht erhalten, wie ihm dadurch die größere Gewähr für die Erreichung seines politischen Zielles gegeben erscheint.

Damit ist die Frage nach der Berechtigung eines Fraktionszwanges bereits zum Teil beantwortet, denn eine Fraktion ist im allgemeinen der Teil einer Partei, der unmittelbar dazu berufen ist, die Ziele der Partei im öffentlichen Leben durchzusetzen.

Der demokratische Rechtsstaat (das ist der sozialistische Staat) muß nach dem Grundsatz regiert werden, daß das Ideal der Gerechtigkeit dem Ideal der Freiheit vorgeht. Eine sozialistische Partei hat nach dem gleichen Grundsatz das Recht, die Freiheit des einzelnen Parteimitglieds gleichfalls soweit einzuschränken, als das für die Erreichung ihrer Ziele unvermeidbar ist.

Da es jedermann freisteht, einer Partei beizutreten - und damit im Interesse seiner persönlichen Überzeugung auf einen Teil seiner Entscheidungsfreiheit zu verzichten - kann eigentlich von einem Fraktionszwang keine Rede sein. Er stellt einen Teil der Verabredung zu gemeinsamem politischen Handeln dar.

Da die Wähler den Kandidaten einer politischen Partei wählen, müsse es, ihr Vertrauen zu mißbrauchen, wollte der gewählte Abgeordnete sich nach der Wahl von der Bindung an seine Parteibeschlüsse lossagen.

Fraktionszwang als teilweise Einschränkung, nach eigenem Willen politisch zu handeln, ist also nur dann zulässig, wenn durch seine Vermeidung schwerere politische Nachteile zu erwarten sind, als es die zeitweilige Verletzung der Freiheit einer Minderheit selbst ist oder nach sich zieht. Wird der Fraktionszwang aber ständig und schematisch angewandt, so kann er leicht dazu führen, daß das einzelne Fraktionsmitglied nicht mehr im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung bei der Auffindung richtiger Entscheidungen mitarbeitet.

Ich möchte also zusammenfassend sagen:

1. Genau genommen gibt es keinen Fraktionszwang". Er stellt nur einen Teil jener Kette von Verabredungen dar, die freiwillig getroffen werden: durch Beitritt zu einer Partei, durch Annahme der Kandidatur, durch Verbleiben in der Fraktion einer Partei nach erfolgter Wahl.
2. Keine Fraktion sollte einen generellen Beschluß fassen, daß in allen Fällen die Mehrheit einer Fraktion die Minderheit in ihr hinsichtlich der Stimmabgabe bindet. Ein solcher Beschluß kann von Fall zu Fall gefaßt werden, und er soll abgestuft werden, indem er der Minderheit das Recht gibt, a) sich der Abstimmung im Parlament zu entziehen oder b) sich der Stimme zu enthalten.

Von diesen beiden Möglichkeiten soll jeweils die gewählt werden, die ausreichend ist zur Erreichung des erstreckten Zweckes, von dem ich sagte, daß er bedeutend genug sein muß, um das Mittel des Fraktionszwanges überhaupt zuzulassen.

Zum 1. Mai 1948

Wir bitten die Redaktionen um Einhaltung der Sperrfrist, die sich aus dem Anlaß von selbst ergibt.

Die Red.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt zum 1. Mai folgenden Aufruf:

Am 1. Mai dieses Jahres steht das deutsche Volk vor neuen Hoffnungen und ernststen Gefahren. Zum ersten Mal seit Kriegsende sehen wir den Versuch, aus der Zerrüttung Europas einen Ausweg zu finden, in greifbare Nähe gerückt. Mit der Annahme des Marshall-Plans durch den amerikanischen Kongreß ist erst der Weg zur Hilfe für die Länder Europas freigeworden, soweit sie sich nicht unter dem Druck einer gegen die Gesundung Europas gerichteten totalitären Politik von dieser Hilfe ausgeschlossen haben. Aber damit ist das Ziel noch nicht erreicht. Harte soziale und politische Kämpfe stehen uns bevor, die unsere letzten und besten Kräfte beanspruchen werden. Mit den Sozialisten aller Länder sind wir uns darin einig, daß die amerikanische Hilfe nicht an Bedingungen für die Gestaltung der sozialen und politischen Ordnung in den Ländern, die Beistand erhalten, geknüpft werden darf.

Wir können an diesem 1. Mai mit Stolz bekennen, trotz aller Not und Schwierigkeiten unseren Zielen treu geblieben zu sein. Die deutsche Sozialdemokratie ist wieder in die Gemeinschaft der Sozialistischen Internationale aufgenommen worden. Dadurch wurde der bis heute wichtigste Schritt zu dem Ziel gemacht, unser Volk in die Gemeinschaft friedlicher Völker zu führen.

Wir rufen unsere Mitglieder und Freunde auf, mit neuem Mut und verstärktem Willen der großen Idee des demokratischen Sozialismus zu dienen und an der Festigung unserer Partei zu arbeiten. Von dem sozialdemokratischen Einfluß auf das politische Leben Deutschlands hängt die Erfüllung unserer Hoffnung auf Freiheit und Frieden ab. Nur wenn die Belebung der deutschen Wirtschaft die Lebenshaltung des deutschen Volkes bessert, nur wenn Deutschland in der europäischen Zusammenarbeit als vollwertiger Partner anerkannt wird, nur wenn in unserem Lande die Kräfte den Ausschlag geben, die für eine friedliche Zukunft und für den Aufbau eines freien und geeinten Deutschland wirken, werden wir uns eine bessere Zukunft erkämpfen können.

Es sind Kräfte am Werk, die eine Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Lebensverhältnisse aus Selbstsucht verhindern wollen. In diese Augenblick, in dem es um die Grundlagen eines neuen Lebens für unser Volk und Land geht, versuchen die Vertreter des großen Besitzes mit allen Mitteln, sich die Vorrechte zu wahren, die sie noch immer genießen, während der größte Teil des Volkes alles verloren hat. Die Nutznießer des heutigen Unglücks waren die Wegbereiter des Dritten Reiches, die Zerstörer der Weimarer Republik und die Herren des Kaiserreiches. Es darf nicht geschehen, daß aus der Katastrophe, in die die verbrecherische Politik der Hitlerdiktatur das deutsche Volk

geführt hat, eine Schicht reaktionärer Nutznießer Gewinn für sich zieht und eine Neubelebung der Wirtschaft zur Vermehrung ihrer Vorteile und ihrer Macht benutzt und so kommenden wirtschaftlichen und politischen Krisen den Weg bereitet.

Die größte Gefahr droht heute von denen, die Deutschlands Einheit als Schlagwort mißbrauchen, um das deutsche Volk, wenn es ihren Täuschungsparolen folgt, an die Sklavenkette eines freiheitsfeindlichen fremden Systems zu fremden Nutzen zu fesseln. Die Deutsche Sozialdemokratie, die in der Ostzone Deutschlands unterdrückt wurde, hat das erste Opfer bei der Verteidigung der deutschen Demokratie bringen müssen. Seit drei Jahren hat eine Reihe von schwachvollen und empörenden Ereignissen der ganzen Welt bewiesen, daß im Einflußgebiet des Totalitarismus in keinem Fall Selbständigkeit und Freiheit behauptet werden kann. Wer die Entwürdigung und Entwertung des nationalen Gedankens durch die Betrugsmanöver des Volkskongresses und des Volksbegehrens mitmacht, wird dadurch zu einem Feind des deutschen Volkes. Hier gibt es nur die eine Parole des rücksichtslosen Kampfes. Die Idee der Einheit kann nur durch Zerstörung der Lüge und Offenlegung der Wahrheit verwirklicht werden.

Es ist an diesem 1. Mai unsere größte Hoffnung, daß den Kräften der Knechtung und Zerstörung, die sich einem friedlichen Wiederaufbau Europas widersetzen, Einhalt geboten wird. Das kann nur geschehen durch die entschlossene Zusammenarbeit aller demokratischen und aufbauenden Kräfte der Welt, vor allem des internationalen Sozialismus.

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen unserem Volke den Glauben an die Vernunft, den Frieden und die Menschlichkeit geben. Die Welt sollte uns in diesen Ringen unterstützen, gerade um eine sinnvolle Neuordnung Europas zu ermöglichen und die Kämpfer für Frieden und Freiheit zu stärken!

---

#### Ben Akiba hat Recht

"Die Russen verfolgen ganz offen den Traum Peters des Großen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß sie, da die Zeiten sich geändert haben, gegen den Westen nur kämpfen können, indem sie riskieren, doppelt zu unterliegen, nämlich mit den Waffen und in ihren autokratischen Prinzipien. Und wenn - was Gott verhüten möge! - die Zufälle des Krieges vorübergehend ihre Waffen triumphieren ließen, so würden die Prinzipien doch unzweifelhaft unterliegen. Die Sieger würden durch die Besiegten geschlagen werden, die Idee würde die Gewalt bezwingen".

"Jetzt sieht jeder ein, daß wir Krieg führen wegen der Türkei, mit der Türkei, aber nicht für die Türkei. Für ein höheres und edleres Ziel opfern die beiden mächtigsten Nationen der Christenheit ihr Geld und ihr Blut in einem gigantischen Kampf. Es handelt sich um nichts Geringeres als um den Triumph der europäischen Freiheit, die von der Autokratie Moskaus bedroht ist".

Diese beiden Zitate stammen nicht aus einer amerikanischen Zeitung unserer Tage, sondern sind fast 100 Jahre alt. Ein französischer Journalist, Eugène Jouve, Redakteur und Sonderkorrespondent des "Courrier de Lyon", schrieb diese Sätze in seinen Berichten als Teilnehmer am Krimkrieg. Bei der Lektüre des ebenso interessanten wie in gewisser Weise aktuellen Buches, zu dem die Berichte zusammengefaßt sind, wird einem auch sonst verschiedentlich vor Augen geführt, daß sich so sehr viel an den grundsätzlichen und entscheidenden politischen Problemen zwischen damals und heute nicht geändert hat; noch nicht einmal an den Schlagwörtern und Ausdrücken sowie an ihrer Modernität.

Die verschiedenen militärischen Phasen dieses Krieges, dessen Höhepunkt die Eroberung Sewastopols bedeutete und der mit einer russischen Niederlage endete, interessieren uns heute nicht so sehr wie die politischen Probleme: Es ging in diesem Krieg beiden Seiten um ganz andere als jenes vorgeschobene Protektorat, das Rußland über die griechische Kirche in der Türkei forderte, wobei paradoxer Weise die Repräsentanz des Islams die Unterstützung der westlichen Christenheit gegen die Östliche fand. Es bestand eine nahezu geschlossene Front des Westens, zu dem damals zum ersten Mal auch die Türkei gerechnet wurde, gegen den Osten und seinen Imperialismus, der sich auch damals des Balkans bemächtigt hatte. Denn es gab damals neben den der Türkei alliierten englischen, französischen und piemontesischen Armeen balkanische, ungarische, ja polnische Legionen und Österreich und Preußen standen in äußerst interessierter Reserve. Lediglich Griechenland spielte im Anfang eine pro-russische Rolle, und griechische Banden drangen in Thessalien und Albanien ein; die Guerilla-Kämpfe damals spielten sich auf dem gleichen Gelände ab wie unter veränderten Proportionen, Motiven und Richtungen die Bandenkämpfe einer späteren Zeit.

Jene Erscheinung, die man heute als Nervenkrieg zu bezeichnen pflegt und die man eigentlich einer modernen Zeit vorbehalten geglaubt hatte, spielte in der Propaganda und geistigen Kriegsführung seinerzeit eine nicht geringe Rolle, wie das Buch Jouves zeigt. Seine vielfach auch in ihren Parallelen ungemein interessanten Darstellungen zeugen davon, auch wenn er selbst sich um eine verhältnismäßig strenge Objektivität bemüht. Es bleibt als wichtigster der Eindruck, daß die wirklich entscheidenden Probleme der Zeit vor 100 Jahren eigentlich schon die gleichen waren wie heute. In diesem Sinne vermag auch Jouve in verschiedenerlei Hinsicht Lehre sein.

-ow.

---

#### London sieht deutsche Bücher und Zeitungen

Gl. Eine Woche lang werden in einem Ausstellungssaal in der Londoner Oxford Street die Erzeugnisse deutscher Buch- und Zeitungsverlage zur Schau gestellt. Es ist die erste deutsche Ausstellung in London seit dem Kriege, und zur Eröffnung hatte sich ein sehr zahlreiches und interessiertes Publikum eingefunden. Im Namen der deutschen Verleger richtete der Chefredakteur des Berliner "Telegraf", Arno Scholz, eine Ansprache an die Versammelten, in der er auf die großen Schwierigkeiten hinwies, mit denen die Buch- und Zeitungsherstellung heute in Deutsch-

land zu ringen hat. "Die deutschen Verleger", sagte er weiter, "haben heute eine hohe Verantwortung. Regierungsstellen hat das deutsche Volk noch nicht. Die Journalisten und Verleger sind heute zugleich auch Diplomaten. Deswegen haben sie gern einen Teil ihrer Buchproduktion für das Ausland zur Verfügung gestellt und sind dem Ruf gefolgt, deutsche Verlagsserzeugnisse hier auszustellen".

Die Ausstellung bietet einen reichen, wenn auch keineswegs vollständigen Überblick über die heute in Deutschland veröffentlichten Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Kataloge deutscher Buchverlage liegen aus und geben dem Besucher einen Einblick in das bisherige Schaffen und die Zukunftspläne der deutschen Bucherzeugung. Viele der ausgestellten Bücher machen auf den englischen Besucher einen fast überraschend geliegenden Eindruck; denn auch in England ist man seit Beginn des Krieges an sparsame Ausstattung und minderwertiges Papier gewöhnt.

Die Ausstellung wirbt nicht nur um größeres Verständnis der englischen Öffentlichkeit für das geistige Leben in Deutschland. Sie wirbt auch um Käufer. Die Gesellschaft "EPPAC", die die Ausstellung organisiert hat, will den Vertrieb deutscher Verlagsserzeugnisse in England einrichten.

Auch eine politische Bedeutung kommt der Ausstellung zu. Denn gerade das Überwiegen unpolitischer Literatur und überparteilicher Zeitungen aus den Westzonen unterstreicht die Kritik, die Arno Scholz an dem Zögern der westlichen Besatzungsmächte bei der Zulassung politischer Literatur übte. Er sprach auch über die Drohung aus dem Osten und die Gefahr, die Berlin droht, wenn man vor dieser Drohung zurückweicht. Der Labour-Abgeordnete Driberg - der einzige englische Redner des Eröffnungsabends, da Lord Pakénham wegen Krankheit verhindert war - versuchte, eine versöhnlichere Note anzuschlagen, aber die Ausstellung verrät mehr vom geistigen und politischen Ringen in und um Deutschland, als sich durch Reden sagen oder übertönen läßt.

---

#### Europa-Kongreß ohne deutsche Sozialdemokraten

sp. Auf dem zum 7. Mai nach den Haag einberufenen Europa-Kongreß, zu dem 600 - 850 Delegierte aus 16 Nationen erwartet werden, wird die SPD nicht vertreten sein. Es sind zwar auch an deutsche Sozialdemokraten Einladungen ergangen, doch haben diese auf eine Teilnahme verzichtet, da auf der Londoner Sozialisten-Konferenz die offizielle Beteiligung an dem Europa-Kongreß, dem Winston Churchill präsidieren wird, durch die sozialistischen Parteien Westeuropas abgelehnt worden war. Privatim werden sich allerdings auch zahlreiche Sozialisten nach den Haag begeben. So haben sich 40 Labour-Abgeordnete angemeldet. Die USA, die britischen Dominien und auch die osteuropäischen Länder werden Beobachter entsenden. Frankreichs ehemaliger Premier, Paul Ramadier, wird die Führung des politischen, der bekannte italienische sozialistische Schriftsteller Ignazio Silone, das kulturelle Komitee übernehmen. Das wirtschaftliche Komitee dürfte von Van Zeeland geleitet werden.